



FOTOS: PRIVAT

Von internationaler Mafia und nationaler Drogenpolitik

Ein Auslieferungsbegehren aus den USA bringt die bolivianische Regierung in die Bredouille

Am 22. Januar 2022 wurde in Bolivien General Maximiliano Dávila festgenommen. Dávila war 2019 in den letzten Monaten der Regierungszeit von Evo Morales Chef der bolivianischen Drogenbekämpfungsbehörde. Die US-amerikanische Drug Enforcement Agency (DEA) beschuldigt ihn, die Lieferung mehrerer Tonnen Kokain aus Bolivien logistisch abgesichert zu haben, und hat seine Auslieferung beantragt. Nach den Generälen Sanabria und Nina ist Dávila der dritte von Evo Morales ernannte oberste Antidrogenchef, der wegen Drogenhandels inhaftiert wurde. Morales, dessen politische Karriere als Sprecher der Cocabauern im Chapare, einer tropischen Region in der Provinz Cochabamba, begann, hat stets betont, der Drogenhandel müsse bekämpft werden, aber Coca sei nicht Kokain, das Kauen der Cocablätter sei Teil der andinen Tradition. Das ist sicher richtig, dennoch wirft die Verhaftung Dávilas und seiner Vorgänger die Frage nach dem Verhältnis der MAS-Regierung und des Ex-Präsidenten zu den verschiedenen Drogenmafias auf.

VON PETER STRACK

Die dritte Staffel der Netflix-Serie „Die Königin des Südens“ führt die Protagonistin Kate de Castillo von Mexiko auch nach Bolivien, mit Szenen in El Alto und Verfolgungsjagden über den Eisenbahnfriedhof von Uyuni und durch die angrenzende Salzwüste von Tunupa. Der Alltag im Drogenhandel ist etwas prosaischer. Nur wenige Tage nach der Festnahme Dávilas durch die bolivianische

Polizei nahe der argentinischen Grenze tauchten auf dem sozialen Netzwerk TikTok-Videos von jungen Leuten bei der Produktion von Kokain in den Cochabambiner Tropen auf. Nachdem der Fernsehsender Red UNO die Bilder verbreitet hatte, wurden sie festgenommen. Konfisziert wurden auch eine ganze Reihe von Luxus sportwagen. Leonardo Loza, Senator der MAS, bekräftigte, dass seine Föderation der Cocaproduzent*innen solche Aktivitäten nicht dulde. Doch es ist schwer vorstellbar, dass ihr Tun vorher dort unbemerkt geblieben ist. Sie müssen sich auch sehr sicher gefühlt haben, als sie die Videos online stellten.

„Überall auf der Welt infiltrieren Mafiagruppen die Institutionen, die für die Bekämpfung des Drogenhandels verantwortlich sind“, erklärt ein Insider, der nicht mit Namen genannt werden will. „Bolivien ist dafür noch viel anfälliger. Was die Polizei verdient, ist im Vergleich zu den Gewinnen im Drogenhandel minimal. Auch sind die Drogenbekämpfer viel schlechter ausgestattet. Und dieses Ungleichgewicht verschärft sich in den Regionen, in denen die Drogen produziert werden.“ Dabei seien die Polizeistrukturen, die politischen und die Strukturen der Mafia pyramidal und parallel aufgebaut. Ein normaler Polizist hat gewöhnlich nur mit Cocaproduzent*innen an der Basis zu tun, während die Köpfe der Mafia Kontakte bis an die Spitze der Ministerien oder eben die Leitung des Polizeiapparats pflegen. Der Jugendliche, der Kokain produziert, zahlt an die Mittelsleute, die Mittelsleute an die Personen, die sich an den Schaltstellen befinden und dafür Schutz versprechen.

Wenn ein Drogenlabor entdeckt und zerstört, eine Ladung Kokain abgefangen oder ein Drogenhändler festgenommen wird, so unser Gesprächspartner „dann in der Regel nicht,

Fotos: Ein Drogenlabor in Bolivien wird aufgelöst, Cocapflanzen werden vernichtet.

weil die Antidrogenbehörden eine gute Arbeit gemacht hätten, sondern aufgrund von Auseinandersetzungen zwischen den Banden oder Mafiastrukturen“. Weder die staatlichen Instanzen noch die Mafia seien ein monolithischer Block. Im bolivianischen Fall konkurrieren vor allem mexikanische und brasilianische Mafiagruppen. Die Kolumbianer spielten derzeit eine untergeordnete Rolle. Es gebe auch Allianzen zwischen Sektoren der mexikanischen und der brasilianischen Mafia. Alle hätten ihre eigenen Anlaufstellen im Staatsapparat. Davon könne man auch im Falle Maximiliano Dávilas ausgehen. Der sei zwar im Augenblick das Gesicht der Mafia, aber gewiss nicht ihr Kopf. Als 2020 der bolivianische Vertreter der kalabresischen Mafia Pedro Montenegro nach Brasilien ausgeliefert wurde, hatte er Maximiliano Dávila vor laufenden Kameras selbst als Drogenhändler bezeichnet und gedroht, sich an ihm zu rächen. Als Dávila nun nach seiner Festnahme Ende Januar abgeführt wurde, war sein letzter Satz an den Polizeichef gerichtet: „Wir werden noch sehen.“ Den für die Drogenpolizei zuständigen bolivianischen Innenminister bezeichnete er als „Kleinbürger“, der es nur darauf abgesehen habe, Evo Morales etwas anzuhängen. Der parallel in Lima festgenommene Jorge Roca Suárez, Neffe des früheren „Kokainkönigs“ Roberto Suárez und zuvor lange Jahre in den USA wegen Geschäften mit Pablo Escobar im Gefängnis, nannte besagten Innenminister einen „kleinen Jungen“. Er selbst sei in diesem Fall unschuldig, ein Agent der DEA habe ihn aus Bolivien nach Peru gelockt mit dem Versprechen, dort einen Film über sein Leben zu drehen.

Es könne sein, so unser Gesprächspartner, dass die Leute von Pedro Montenegro dem Innenminister zugearbeitet und wieder mehr Einfluss im Regierungsapparat gewonnen hätten. Aber vielleicht gebe es in der Zwischenzeit auch Vereinbarungen zwischen den Gruppen.

Die bolivianische Regierung sowie Evo Morales und die Cocabauernvertreter lehnen die von den USA beantragte Auslieferung Dávilas jedoch strikt ab. Bolivien sei autonom in der Drogenpolitik. Gegen den Ex-Antidrogenchef wird derzeit, wenn überhaupt, jedoch nur wegen Geldwäsche ermittelt. Für dieses Delikt sind die Strafandrohungen vergleichsweise gering. Für Drogenhandel, so der Generalstaatsanwalt Lanchipa, gebe es bislang keine Indizien.

Ähnlich argumentierte das für die Drogenbekämpfung zuständige „Vizeministerium für soziale Verteidigung“ im Fall eines jüngst von EUROPOL, der DEA, Paraguay, Brasilien und Spanien ausgehobenen Drogennetzwerks. Die bolivianischen Behörden waren an der konzertierten Aktion bezeichnenderweise nicht beteiligt, ebensowenig wie das von der Europäischen Union finanzierte und in Bolivien angesiedelte Regionalzentrum für Aufklärung zur Drogenbekämpfung (*Centro Regional de Inteligencia Antinarcóticos – Cerian*). EUROPOL konnte den Weg des Kokains von Bolivien über Paraguay, Uruguay, Brasilien bis nach Europa nachvollzie-

hen. Die Zentrale habe in Dubai gesessen. Doch das bolivianische Vizeministerium behauptete erst einmal, es gebe keine Beweise, dass das Kokain ursprünglich aus Bolivien gekommen sei. Dabei ist es kein Geheimnis, dass die Mafia heute Umwege etwa vom Hafen in Santos über Afrika, den Nahen Osten und manche GUS-Staaten wie Georgien in Kauf nimmt, um strengere Kontrollen an den direkten Grenzen zu umgehen. Als Morales erstmals zum Präsidenten gewählt wurde, hätten zumindest Teile der US-amerikanischen Regierung versucht, ihn zu unterstützen, sagt unser Gesprächspartner, damit er sich nicht zu sehr Hugo Chávez annähert. Vielen sei auch klar gewesen, dass in Bolivien ein grundlegender Wandel hin zu mehr Demokratie nötig gewesen sei. Auch die US-Regierung sei kein einheitliches Gebilde. Klar sei auch gewesen, dass die MAS-Regierung die alten Mafiastrukturen geerbt habe, die es schon unter all den Vorgängerregierungen gegeben habe. Später hätten sich dann die Hardliner trotzdem durchgesetzt. Der DEA, die auch nach ihrem Rauswurf 2009 verdeckt im Land geblieben sei, gehe es vermutlich mehr darum, über die Wege und Strukturen des Drogenhandels und den Zustand in den nationalen Institutionen informiert zu sein, um dann zuschlagen zu können, wenn ihre eigenen Interessen berührt sind. So wie der Mossad in Bolivien daran interessiert ist, der Hisbollah eine Finanzierungsquelle abzuschneiden, und der iranische Geheimdienst, dem entgegenzuwirken. Vielleicht haben cubanische und venezolanische Agenten, die ebenfalls im Land aktiv sind, mehr politisch-strategische Anliegen. Aber bekanntlich ist die Drogenmafia auch in die dortigen Strukturen verwickelt.

Allein aus politisch-strategischen Gründen ist es höchst unwahrscheinlich, dass sich Evo Morales irgendwann einmal mit Drogen die Finger schmutzig gemacht haben sollte. Aber es ist nicht zu übersehen, dass er von vielen eng umgeben ist, die in diesem Geschäft sind.

Anfangs war die Coca noch ein Zuverdienst für die Siedler, die aus den Bergwerksregionen und Hochlandgemeinden in die Chapare-Region gekommen waren. Das Hauptinteresse galt der Nahrungsmittelproduktion. Doch spätestens mit den großen Straßenblockaden im Jahr 2000 rückte die Coca in den Mittelpunkt. Damals gab es auch die ersten Versuche einzelner Mitglieder der MAS, ein Bündnis mit der kolumbianischen FARC zu schmieden.

Der Allgemeinplatz, dass Coca kein Kokain ist, musste im kommenden Jahrzehnt zunehmend dafür herhalten, die Infiltrierung der bäuerlichen Organisationen oder zumindest die Duldung des Drogenhandels durch diese Organisationen zu rechtfertigen.

Als Evo Morales dann an die Regierung kam, hätten Teile dieser Regierung die schon vorher bestehenden Strukturen der Mafia im Apparat Stück für Stück übernommen. Umgekehrt habe der Drogenhandel auch die Partei subventioniert, Wahlkampfaktivitäten, eine günstige Berichterstattung in den Massenmedien...

Dass der argentinische FARC-Dissident Facundo Molares 2019 nicht nur Cocabauern geschult und bei der gewalttätigen Auflösung von Straßenblockaden nach den umstrittenen Wahlen fotografiert, sondern auch zur Waffe gegriffen hat, könnte ein weiterer Hinweis auf die Präsenz der Mafia sein. Nach Morales' Abtritt kam es in der Chapare-Region auch zu Plünderungen von Polizeistationen, eine Erdgasleitung wurde gesprengt, um die Industrieproduktion lahmzulegen, Polizisten wurden mit Waffen angegriffen und ihnen wochenlang der Zutritt in die Region verwehrt.

In einem Telefonat Ende 2019 soll Evo Morales bereits aus Mexiko dem flüchtigen verurteilten Drogenhändler Faustino Yucra Anweisungen gegeben haben, wie man mit dem geringsten Aufwand die Bevölkerung in den Städten von der Lebensmittelzufuhr abschneiden könne. Und dann das Foto der Geburtstagsfeier mit Maximiliano Dávila, das nach dessen Verhaftung kursierte. Er habe Dávila vorher nie gesehen, behauptete Morales, der ihn selbst ernannt hatte, „falls er sich recht erinnere“.

Gleichwohl ist Evo Morales als Regierungschef für die Entscheidung verantwortlich gewesen, 2017 die legalen Anbauflächen für Coca von 12 000 Hektar auf 22 000 Hektar zu erweitern. Den größten Zuwachs gab es dabei für die Cochabambiner Tropen. Dabei gehen schon jetzt laut Daten der UNO über 90 Prozent dort angebauten Cocas nicht in den legalen Handel. Für die traditionelle Nutzung ziehen die Menschen in Bolivien die schmackhaftere Coca aus den Yungas aus La Paz vor, die einen geringen Alkaloid-Anteil hat und bei deren Anbau auch weniger Chemie eingesetzt wird. Eine Mitverantwortung für die Drogenproduktion und die fehlende Funktionsfähigkeit der staatlichen Institutionen zur Bekämpfung des Drogenhandels können Morales und seine Befürworter*innen schwerlich leugnen. Jede andere Regierung hätte wegen einer derartigen Politik den Hut nehmen müssen. Doch wir leben in einer schizophrenen Welt, sagt mein Gesprächspartner. Die Wahrheit ist nicht mehr wahr. Was nie passiert ist, wird von den regierungsnahen Medien als Wirklichkeit verkauft. Evo Morales sei gefangen in seinem eigenen Mythos.

So twitterte er, die DEA zu verteidigen sei Verrat an der Freiheit. Ziel der DEA sei es, die Cocabauernbewegung mit Lügen zu diskreditieren und ihn selbst zu töten. Arturo Murillo, der Innenminister der Übergangsregierung, der in den USA unter dem Vorwurf der Geldwäsche inhaftiert ist, habe begonnen, gegenüber den US-Behörden Informationen zum Drogenhandel zu geben, um seine eigene Haut zu retten. Diese Information hätten die USA gezielt in der bolivianischen Polizei gestreut und gleichzeitig fünf Millionen Dollar Belohnung für diejenigen angeboten, die mit Informationen zu einer Verurteilung von Maximiliano Dávila in den USA beitragen. Trotz aller Beteuerungen zur nationalen Souveränität scheint das letzte Wort im Fall des ehemaligen Antidrogenzaren noch nicht gesprochen zu sein. ■



Foto: PRESIDENCIA DE LA REPÚBLICA DEL PERÚ

Am 8. Februar wurde in Peru das vierte Kabinett innerhalb von sieben Monaten vereidigt, nur eine Woche nach dem dritten, das nach wenigen Tagen unter dem Druck heftiger Proteste aus allen politischen Lagern zurückgezogen worden war. Die letzte Regierungsumbildung bedeutete nicht nur den Austausch einiger Köpfe, sondern eine politische Neuausrichtung. War vor allem im zweiten, bis Ende Januar amtierenden, Kabinett noch eine Reihe Linker vertreten, die einen konsequenten Reformkurs vertraten, stehen jetzt – mit Ausnahme eines feministischen Feigenblattes – nur noch Neoliberale und Konservative an der Spitze der Ministerien. Während die sich progressiv gebärdende autoritäre Klientelpartei *Perú Libre* ihren Einfluss ausbauen konnte, wurde die demokratische Linke, wie schon bei der Regierung von Ollanta Humala (2011-2016), nach weniger als einem Jahr aus der Regierung entfernt. Damals wie heute war das nicht nur Ausdruck der Macht der rechten Eliten, sondern auch der Distanz zwischen linken Parteien und sozialen Bewegungen geschuldet. Niemand ging auf die Straße, um die Linken in der Regierung zu verteidigen, ihr Kaltstellen wurde ergeben zur Kenntnis genommen.

Foto: Premierministerin Mirtha Vásquez (hier bei der Amtseinführung) trat am 31.1.22 aus Protest gegen den Kurs der Regierung Castillo zurück.